

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Ende des Aufschwungs in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (2001) : Ende des Aufschwungs in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 32-50

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2573>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ende des Aufschwungs in Deutschland

Von Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt und Hubert Strauß

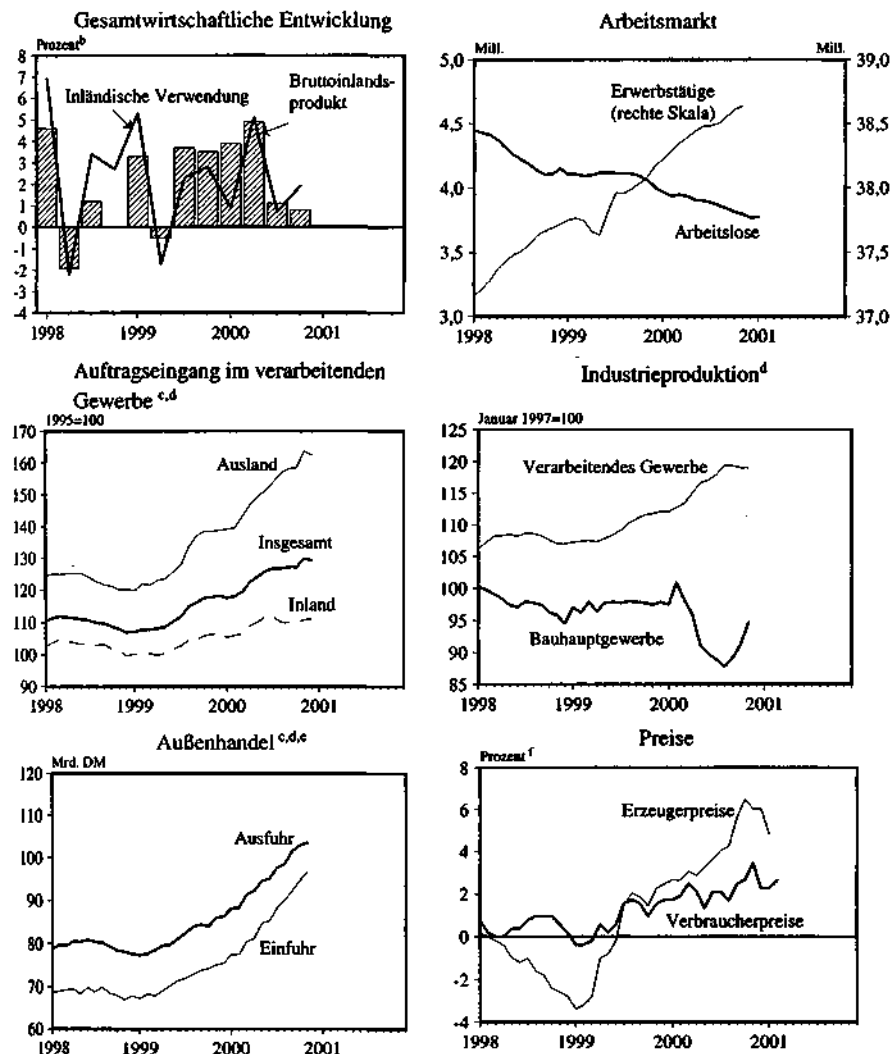
Die deutsche Wirtschaft expandierte im Jahr 2000 mit der höchsten Rate seit der Wiedervereinigung. Maßgeblich hierfür war neben der zuvor expansiven Ausrichtung der Geldpolitik das sehr günstige weltwirtschaftliche Umfeld. Unter dem Einfluss des Booms in den Vereinigten Staaten und einer kräftigen Konjunktur bei den meisten übrigen Handelspartnern nahmen die deutschen Exporte in Rekordtempo zu. Zusätzlicher Schub für die Ausfuhr ergab sich durch den Rückgang des realen Außenwerts des Euro. Während die Exporte bis zum Ende des Jahres sehr lebhaft ausgeweitet wurden, flachte sich der Anstieg der Inlandsnachfrage unter dem Einfluss der gestiegenen Ölpreise und der Straffung der Geldpolitik nach der Jahresmitte 2000 deutlich ab. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2000 nur noch mit einer Jahresrate von 1 Prozent zu, nach 4,4 Prozent im ersten Halbjahr. Dämpfend auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte wirkte vor allem der Anstieg der Verbraucherpreise, aufgrund dessen die real verfügbaren Einkommen zurückgingen. Die Investitionsdynamik nahm zwar etwas ab, blieb aber aufwärts gerichtet, wohl auch deshalb, weil die Unternehmen Käufe von Ausrüstungsgütern vorzogen, um die im Jahr 2000 noch günstigen Abschreibungsregeln zu nutzen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2001 dürfte die Konjunktur deutliche Impulse durch die zum Jahreswechsel in Kraft getretenen Einkommensteuerentlastungen erhalten. Anregend wirken überdies die fallenden Kapitalmarktzinsen und die sinkenden Energiekosten. Daher erwarten wir eine vorübergehende Beschleunigung des Produktionsanstiegs im ersten Quartal. Die merkliche Zunahme des Verbrauchervertrauens und die Verbesserung des Geschäftsklimas deuten dies an. Die konjunkturelle Grundtendenz ist gleichwohl verhalten, denn die verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem durch die starke Verlangsamung der Expansion der amerikanischen Wirtschaft, trüben die Perspektiven ein. Im Januar waren die Auftragseingänge deutlich rückläufig (Schaubild 1). Der konjunkturelle Aufschwung geht damit zu Ende.

Monetäre Impulse nehmen ab

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen im vergangenen Jahr um insgesamt 175 Basispunkte angehoben. Seit Oktober beträgt der Mindestbietungssatz 4,75 Prozent. Der Zinssatz auf Dreimonatsgeld betrug zuletzt 4,8 Prozent. Ungeachtet dieses deutlichen Anstiegs der Nominalzinsen hat sich der Kurs der Geldpolitik, gemessen am realen kurzfristigen Realzins, bislang wenig verändert. Denn die Anhebung der Zinsen wurde weitgehend dadurch kompensiert, dass sich die Inflation deutlich beschleunigte, hauptsächlich aufgrund des Preisschubs bei den Energieeinfuhren. So dürfte der reale Dreimonatszins seit dem Frühjahr 2000 in etwa zwischen 2 und 2,5 Prozent liegen. Gemessen am

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland



^aSaisonbereinigt. - ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. - ^cReal. - ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.), Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, eigene Berechnungen.

langjährigen Mittelwert dieses Zinses von 3 Prozent dürfte die Geldpolitik die Konjunktur im vergangenen Jahr angeregt haben und dies gegenwärtig immer noch tun.

Die übrigen monetären Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten unterschiedlich verändert. Zwar wird der Euro gegenüber dem US-

Dollar im Durchschnitt des ersten Quartals wohl um etwa 7 Prozent höher notiert haben als im Vorquartal. Dafür sind die langfristigen Zinsen weiter zurückgegangen. Anfang März lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen bei etwa 4,8 Prozent. Real liegen die langfristigen Zinsen – unter der Annahme von langfristigen Inflationserwartungen von 1,5 Prozent – mit 3,3 Prozent ebenfalls merklich unter ihrem langjährigen Mittelwert (4 Prozent). Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen die Konjunktur derzeit anregen.

Im Prognosezeitraum werden die monetären Rahmenbedingungen etwas ungünstiger. Zwar wird die EZB die Leitzinsen unverändert lassen (vgl. Kamps und Scheide 2001), aber die Kapitalmarktzinsen werden im Jahr 2002 wieder etwas steigen. Überdies nehmen die Zinsen in realer Rechnung im gesamten Prognosezeitraum mit dem Abflachen des Preisauftriebs zu. Außerdem wird der Euro weiter deutlich aufwerten. Wir nehmen an, dass er bis zum Beginn des kommenden Jahres auf 1,05 US-Dollar anziehen und danach mit dem Wiederanstieg der US-Zinsen geringfügig abwerten wird. Der Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird im Lauf dieses Jahres um 2,5 Prozent steigen. Im Durchschnitt des Jahres 2002 nimmt er um 1 Prozent zu. Die konjunkturellen Wirkungen des monetären Rahmens verändern sich damit von anregend in der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf etwa neutral im Jahr 2002.

Finanzpolitik kehrt auf neutralen Kurs zurück

Die Finanzpolitik stützt im Jahr 2001 die Konjunktur. Entscheidend dafür ist die Steuerentlastung zum 1. Januar 2001. Die Abgaben insgesamt werden um 44 Mrd. DM gesenkt;¹ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 1,1 Prozent. Von den Ausgaben des Staates (einschließlich Sozialversicherung) werden im Jahr 2001 weder anregende noch dämpfende Einflüsse auf die Konjunktur ausgehen.² Zwar werden die Personalausgaben, die im Jahr 2000 stagniert hatten, wieder zunehmen, der Anstieg dürfte aber bei andauernder Reduktion des Personalbestands lediglich 1 Prozent betragen. Das Wohngeld, das Erziehungsgeld sowie die Ausbildungsbeihilfen wurden aufgestockt, auch werden erhöhte Aufwendungen der Wohngeld- und BAFöG-Empfänger für die Heizkosten erstattet und die Altersrenten am 1. Juli 2001 mit 2 Prozent stärker angehoben als am 1. Juli 2000 (0,6 Prozent); gleichwohl werden die Sozialleistungen insgesamt angesichts rückläufiger Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe um 2,5 Prozent zunehmen. Die gesamten Ausgaben des Staates dürften etwa so stark wie das Produktionspotential steigen. Das strukturelle Budgetdefizit im Verhältnis zum

¹ Die Reform der Unternehmensbesteuerung mindert das Einkommen um 16 Mrd. DM, die Reduktion der Einkommensteuersätze um 29 Mrd. DM; Arbeitnehmer profitieren darüber hinaus von der so genannten Entfernungspauschale (1 Mrd. DM). Der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde zum Jahresbeginn 2001 um 0,2 Prozentpunkte verringert (3 Mrd. DM), allerdings wurden die Mineralölsteuer und die Stromsteuer abermals erhöht (5 Mrd. DM).

² Die Erlöse des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im August 2000, die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2,5 Prozent betragen und nach den Konventionen der VGR als negative Ausgaben (Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern) verbucht werden, sind dabei nicht berücksichtigt.

Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2001 um rund einen Prozentpunkt zunehmen.³

Im Jahr 2002 werden die Staatsausgaben etwas rascher als im Jahr 2001 expandieren; dazu trägt bei, dass das Kindergeld erhöht wird und dass die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst stärker als im Jahr 2001 angehoben werden. Die Expansionsrate wird etwa der Veränderungsrate des Produktionspotentials entsprechen. Anders als im Jahr 2001 wird die Einkommensteuer im Jahr 2002 nicht gesenkt, vielmehr wird die Steuerbelastung bei konstantem Einkommensteuerrecht progressionsbedingt steigen. Zudem werden die Benzin- und Dieselsteuer sowie die Stromsteuer wiederum erhöht. Im Zuge der Rentenreform wird aber die Altersvorsorge gefördert. Auch wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung, der seit 1993: 6,5 Prozent beträgt, angesichts der rückläufigen Arbeitslosigkeit um vermutlich 0,2 Prozentpunkte reduziert. Alles in allem wird die Finanzpolitik in etwa neutral wirken.

Die Ausgaben des Staates beliefen sich im Jahr 2000 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf 48,1 Prozent (Tabelle 1), im Jahr 1998 hatten sie 48,6 Prozent

Tabelle 1: Indikatoren zur finanziellen Situation des Staates^a 1991–2002 (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)

	Ausgaben	Steuern	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo	Verschuldung ^b
1991	48,3	22,4	17,2	4,6	-4,1	44,2
1992	50,4	22,8	17,6	5,0	-5,0	49,2
1993	51,4	22,8	18,2	5,0	-5,4	55,4
1994	50,3	22,8	18,6	5,1	-3,8	56,0
1995	49,4	22,6	18,8	4,8	-3,2	57,0 ^c
1996	50,3	22,9	19,4	4,5	-3,4	59,8
1997	49,2	22,6	19,6	4,3	-2,7	60,9
1998	48,6	23,0	19,2	4,3	-2,1	60,7
1999	48,6	24,1	18,9	4,1	-1,4	61,1
2000	48,1	24,5	18,7	6,3 ^d	1,5 ^{d,e}	60,1
2001 ^f	48,0	23,6	18,6	4,0	-1,7	58,6
2002 ^f	47,8	23,7	18,5	3,9	-1,6	58,3

^a Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, 1991 bis 1994 einschließlich Treuhandanstalt. – ^b Öffentliche Haushalte (ohne Sozialversicherung, ab 1991 einschließlich Bundesbahn/Reichsbahn, Treuhandanstalt und ehemals staatliche Wohnungswirtschaft der DDR), Stand am Jahresende. – ^c Ab 1995: Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – ^d Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. – ^e Ohne Erlöse aus der Lizenzversteigerung: -1 Prozent. – ^f Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.

³ Bei der Berechnung sind die Effekte der Versteigerung der Mobilfunklizenzen auf die Veränderung des Budgetsaldos im Jahr 2001 (2,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt als Saldo aus Mehreinnahmen im Jahr 2000 und Zinsersparnis im Jahr 2001) ausgeschaltet worden (Boss et al. 2000b).

betragen; konjunkturbereinigt hat sich die Relation der Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt seit 1998 kaum verändert. Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte hat sich im Zeitraum 1998–2000 vor allem wegen der erhöhten Ausgabenbelastung und wegen der Einmaleinnahmen aus der Lizenzversteigerung verbessert. Wenn man diese nicht berücksichtigt, ergibt sich für das Jahr 2000 ein Budgetdefizit von 1 Prozent. In diesem und im nächsten Jahr dürften die Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zwar weiter abnehmen, in beiden Jahren wird aber – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – ein Budgetdefizit in Höhe von reichlich 1,5 Prozent entstehen. Will die Bundesregierung ihre im Stabilitäts- und Wachstumspakt dargelegten finanzpolitischen Ziele erreichen, so sind Anstrengungen erforderlich, den Ausgabenanstieg zu verringern.

Exportmotor verringert Drehzahl

Im Jahr 2000 florierte der Außenhandel. Sowohl die Exporte als auch die Importe von Gütern und Dienstleistungen verzeichneten ihren stärksten Zuwachs seit der Wiedervereinigung. Trotz einer nachlassenden Weltkonjunktur war die Dynamik bei den Ausfuhren im Verlauf des zweiten Halbjahrs ungebrochen; die Lieferungen an das Ausland expandierten mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 15 Prozent ebenso kräftig wie in der ersten Jahreshälfte. Die rasche Zunahme der Auslandsbestellungen deutet darauf hin, dass die Exporte auch im ersten Quartal 2001 schwungvoll zugelegt haben, wenngleich in etwas geringerem Tempo.

Damit haben die deutschen Anbieter seit Mitte vergangenen Jahres Weltmarktanteile zurückgewonnen. Besonders kräftig expandierten die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa, nach China und in die Ölförderländer, und auch im Handel mit den Vereinigten Staaten verharteten die prozentualen Zuwächse trotz der dort erheblich ruhigeren Konjunktur im zweistelligen Bereich. Maßgeblich hierfür war zum einen, dass der Außenwert des Euro bis in den Herbst hinein stark gesunken war, und zum anderen, dass die Exporteure auf eine Ausdehnung ihrer Gewinnspannen bislang weitgehend verzichtet haben. Sie überwälzten im Wesentlichen nur die Zunahme der Produktionskosten; diese war vor allem rohstoffpreis- und wechselkursbedingt. So stieg der Preisindex der Warenausfuhr von der Einführung des Euro Anfang 1999 an bis zu dessen bisherigem Tiefpunkt im Oktober 2000 mit rund 5,5 Prozent etwa im gleichen Ausmaß wie der Index der inländischen Erzeugerpreise. Berücksichtigt man, dass Deutschland knapp 60 Prozent seiner Lieferungen in Länder außerhalb der Währungsunion versendet und dass der Außenwert des Euro im gleichen Zeitraum nominal effektiv um 20 Prozent gesunken ist, so stand den Exporteuren ein Spielraum von rund 12 Prozent zur Verfügung, den sie fast ausschließlich für den Ausbau ihrer Marktanteile verwendeten.⁴ Ein solches Verhalten war insofern überraschend, als Modellanalysen

⁴ Dies ergibt sich auch, wenn man den von der Bundesbank auf Basis der in- und ausländischen Verbraucherpreise berechneten Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber 38 Ländern um den Unterschied zwischen Export- und Verbraucherpreisanstieg in Deutschland bereinigt. Der Index zeigt eine Verbesserung um 15 Prozent an (Deutsche Bundesbank 2001: 75*).

des Einflusses von Wechselkurserwartungen auf das Preissetzungsverhalten der Exporteure zu dem Schluss kommen, dass aufgrund von Kosten der Marktanteilerhöhung die volle Weitergabe von Preisvorteilen aus einer Abwertung nur dann rational ist, wenn diese für dauerhaft gehalten wird (Clostermann 1998: 201 f.). Angesichts der Tatsache, dass in der öffentlichen Diskussion seit geraumer Zeit überwiegend eine Erholung des Euro für wahrscheinlich gehalten wird, war mit einer stärkeren Ausnutzung der Preiserhöhungsspielräume gerechnet worden (Arbeitsgemeinschaft 2000: 45).

Neben den Impulsen aus der Abwertung kam den Ausfuhren zugute, dass die Konjunktur in Europa, dem wichtigsten Absatzgebiet, im Winterhalbjahr durch Steuersenkungen neuen Schwung erhalten hat; die Warenexporte in die EU-Länder stiegen im vierten Quartal 2000 – aktuellere Ergebnisse liegen nach Ländern untergliedert noch nicht vor – mit einer laufenden Jahresrate von rund 30 Prozent wesentlich schneller als zuvor.

Im Prognosezeitraum werden die Exporte ihren gegenwärtigen Elan nicht durchhalten können. In Umfragen zu den Exporterwartungen zeichnet sich bereits ein langsames Expansionstempo ab. Gedämpft wird die Ausfuhrfähigkeit zunächst durch ein Nachlassen der weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte. In den Vereinigten Staaten wird die wirtschaftliche Aktivität im Sommerhalbjahr 2001 annähernd stagnieren und erst gegen Jahresende wieder in Schwung kommen (Gern et al. 2001). Durch das Ende des Booms in Nordamerika wird die Konjunktur in Ostasien und in Lateinamerika gedämpft. Auch in Euroland werden nach dem Auslaufen der Impulse aus den Steuersenkungen Bremsspuren im Konjunkturbild erkennbar sein (Kamps und Scheide 2001). Insgesamt wird die mit den Anteilen am deutschen Export gewichtete Industrieproduktion in den wichtigsten Handelspartnerländern im Verlauf dieses Jahres um reichlich 2 Prozent und damit nur noch halb so stark wie im vergangenen Jahr steigen; im kommenden Jahr wird sich die Zunahme auf reichlich 3 Prozent belaufen. Allerdings wird der exportstimulierende Effekt der konjunkturellen Beschleunigung ab Ende 2001 durch die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die wir für den Verlauf dieses Jahres erwarten, weitgehend kompensiert. Erfahrungsgemäß stellt sich die volle Wirkung einer verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit erst mit einer gewissen Verzögerung ein. Alles in allem werden die Ausfuhrzuwächse bis zum Ende des Prognosezeitraums mäßig bleiben. Wir rechnen mit einem Anstieg der realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen um 9,5 Prozent in diesem und um 5,5 Prozent im kommenden Jahr.

Bei den Preisen exportierter Güter und Dienstleistungen wurde im Jahr 2000 vor allem wegen höherer Produktionskosten der stärkste Anstieg seit Ende der achtziger Jahre verbucht (2,6 Prozent). Im Prognosezeitraum wird sich der Preisauftrieb bei weitgehend stabilen Rohstoffnotierungen und moderat anziehenden Faktorpreisen stark abschwächen; hierzu trägt auch bei, dass die Exportunternehmen angesichts der Aufwertung des Euro zunächst versuchen dürften, zumindest einen Teil der hinzugewonnenen Marktanteile durch Preiszugeständnisse zu verteidigen. Im späteren Verlauf des Jahres 2002 werden die Preise infolge beschleunigt steigender Lohnstückkosten etwas rascher anziehen. Wegen seines

hohen Niveaus zu Jahresbeginn wird der Deflator der Exporte 2001 seinen Vorjahresstand mit 2,8 Prozent noch deutlicher übertreffen als im Jahr 2000; im kommenden Jahr wird er um 1,2 Prozent zulegen.

Die Einfuhren sind im Winterhalbjahr nicht nur wegen der guten Exportkonjunktur, sondern auch wegen zweier Sondereffekte sprunghaft gestiegen: Im vierten Quartal 2000 haben vorgezogene Investitionen wegen der ab diesem Jahr geltenden schärferen Abschreibungsregeln zu einer massiven Importzunahme bei Ausrüstungsgütern geführt. Zu Jahresbeginn dürfte sich die Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen vor allem aufgrund von Steuerentlastungen der privaten Haushalte weiter zügig aufwärts bewegt haben; dieser Impuls wird in den kommenden Monaten auslaufen. In den Exportunternehmen wird der Bedarf an importierten Vorleistungen nur noch verlangsamt expandieren. Gestützt wird die Einfuhrfähigkeit hingegen durch die aufwertungsbedingt steigende Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern außerhalb des Euroraums. Im Jahresdurchschnitt 2001 werden die realen Importe von Gütern und Dienstleistungen um 10,7 Prozent zulegen, im Jahr 2002 um 6,1 Prozent. Die Einfuhrpreise werden im Prognosezeitraum wegen des stärkeren Euro und des weltweit rückläufigen Erzeugerpreisauftriebs erheblich langsamer anziehen als im Jahr 2000. Der Deflator der Importe wird in diesem Jahr um 3 Prozent und im nächsten Jahr um 0,8 Prozent steigen.

Investitionen verlieren an Dynamik

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen. Nachdem sie im Verlauf des Jahres 1999 mit einer Rate von 4,6 Prozent expandiert hatten, nahmen sie im Jahr 2000 um 10,8 Prozent zu. Der Aufschwung bei der Investitionstätigkeit, der bereits in der Mitte der neunziger Jahre einsetzte, dürfte damit wohl an seinem Zenit angekommen sein. Für die starke Zunahme der Investitionen im vergangenen Jahr waren vor allem zwei Faktoren maßgeblich: Zum einen hat der kräftige Konjunkturaufschwung, der seinen Höhepunkt im Sommer vergangenen Jahres erreichte, für hohe Absatzerwartungen und eine steigende Kapazitätsauslastung gesorgt. Zum anderen haben die weniger großzügigen Abschreibungsbedingungen, die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten sind, in der zweiten Jahreshälfte 2000 zu Vorzieheffekten geführt. Diese werden wohl auch noch im ersten Quartal dieses Jahres spürbar sein, worauf die rege Auftragsvergabe bis in die letzten Monate des vergangenen Jahres hindeutet.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Investitionstätigkeit an Fahrt verlieren. Nachdem viele Investitionsprojekte in das vergangene Jahr vorgezogen worden sind, wird die Nachfrage in den kommenden Monaten entsprechend geschwächt. Die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik wird angesichts der sich abkühlenden Exportkonjunktur deutlich nachlassen. Dies spiegelt sich in den Geschäftserwartungen wieder, die sich seit Sommer vergangenen Jahres deutlich verschlechtert haben.

Bereits für das Ende dieses Jahres erwarten wir, dass die Investitionen wieder rascher zunehmen werden. Maßgeblich dafür ist, dass die Fundamente, auf denen der Investitionsaufschwung der vergangenen Jahre gründete, immer noch intakt

sind. So werden die Löhne voraussichtlich nur moderat erhöht werden, was die Ertrags Erwartungen begünstigt. Die langfristigen Realzinsen, die für die Refinanzierungskosten von Unternehmen eine große Rolle spielen, sind im historischen Vergleich niedrig und werden im Prognosezeitraum auch nur leicht anziehen. Ein weiterer Faktor sind die niedrigeren Ölpreise, die die Unternehmen auf der Kostenseite entlasten werden. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden in etwa normal ausgelastet sein. Gleichwohl ist nicht damit zu rechnen, dass die Dynamik wieder ähnlich hoch sein wird wie in den vergangenen drei Jahren, in denen die Ausrüstungsinvestitionen mit einer durchschnittlichen Rate von 8,5 Prozent expandierten. Die Investitionen haben relativ zum Bruttoinlandsprodukt inzwischen ein so hohes Niveau erreicht, wie es zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms vorherrschte. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Prozent und im nächsten Jahr um 6 Prozent expandieren.

Die Erholung der Bautätigkeit im Jahr 1999 war nur von kurzer Dauer. Im Verlauf des vergangenen Jahres gingen die Bauinvestitionen um 3,9 Prozent zurück. Während die Abnahme der Bauinvestitionen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre von schrumpfenden Wirtschaftsbauinvestitionen geprägt war, ist die gegenwärtige Baurezession vor allem auf einen Einbruch im Wohnungsbau zurückzuführen. Wesentlich dafür war, dass neben dem Bau von Mehrfamilienhäusern, der schon seit längerem rückläufig ist, nun auch der Boom beim Bau von Einfamilienhäusern zu Ende gegangen ist. Maßgeblich hierfür ist die spürbare Einschränkung der Förderung für selbst genutzten Wohnraum zu Beginn des Jahres 2000; die Baugenehmigungen in diesem Bereich brachen in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres um rund 30 Prozent ein.

Ein Ende der Rezession im Wohnungsbau zeichnet sich für das laufende Jahr nicht ab. So waren die Auftragsgänge bis zuletzt deutlich abwärts gerichtet. Auch die Baugenehmigungen waren weiterhin rückläufig, wenngleich nicht mehr in dem hohen Tempo wie zu Beginn des vergangenen Jahres. Wir erwarten eine Stabilisierung der Wohnungsbautätigkeit erst für den Verlauf des Jahres 2002. Dann dürften sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen wieder stärker durchsetzen, die angesichts spürbar steigender real verfügbarer Einkommen der privaten Haushalte und im historischen Vergleich niedriger Zinsen recht günstig sind. Alles in allem erwarten wir für dieses Jahr einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 3,7 Prozent. Er wird sich im kommenden Jahr auf 1,3 Prozent verlangsamen (Tabelle 2).

Die Aussichten für die verbleibenden Segmente der Bauinvestitionen sind etwas günstiger. Der Wirtschaftsbau erhält Impulse von der anhaltend hohen Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe. Für die neuen Bundesländer ist aufgrund weiterhin bestehender Überkapazitäten ein weiterer Rückgang der Tätigkeit im Wirtschaftsbau in den neuen Bundesländern zu erwarten, so dass wir insgesamt für das Jahr 2001 mit einer leichten Abnahme der Wirtschaftsbauinvestitionen um 1 Prozent rechnen. Im kommenden Jahr werden die Wirtschaftsbauinvestitionen in der Grundtendenz nicht mehr sinken, da die Belebung der Investitionskonjunktur bei den Ausrüstungsgütern auch auf die Wirtschaftsbauten ausstrahlen wird. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen stellt sich

Tabelle 2: Reale Bauinvestitionen in Deutschland (Prozent) 2000–2002

	Gewicht in Prozent ^a	2000	2001 ^b	2002 ^b
Bauinvestitionen	100	-2,5	-2,2	-0,5
Wohnbauten	57,3	-2,9	-3,7	-1,3
Nichtwohnbauten	42,7	-2,0	-0,1	-0,5
Wirtschaftsbauten	29,7	-2,6	-1,1	-0,1
Öffentliche Bauten	13,0	-0,7	2,0	1,9

^a Anteil an den Bauinvestitionen in Jahr 2000. – ^b Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), eigene Schätzungen und Prognosen.

die Lage relativ positiv dar. Die günstige Kassenlage bei den Gemeinden dürfte zu einer Ausweitung der Investitionstätigkeit in diesem Jahr um 2 Prozent und um 1,9 Prozent im kommenden Jahr führen. Angesichts der anhaltenden Bau-rezession werden Preissteigerungen für Bauleistungen kaum durchsetzbar sein, so dass sich der Deflator für Bauinvestitionen im Prognosezeitraum kaum verändert.

Robuster privater Konsum

Die Verbrauchskonjunktur stand im zweiten Halbjahr 2000 unter dem Einfluss gestiegener Preise für Energieträger, die den Verbrauchern Kaufkraft entzogen und die Konsumstimmung ungeachtet der guten Konjunktur- und Arbeitsmarkt-lage drückten. Im Jahresdurchschnitt expandierten die verfügbaren Einkommen nominal um 3,1 Prozent, real jedoch nur um 1,6 Prozent. Bei konstanter Sparquote nahm der reale private Konsum ebenfalls um 1,6 Prozent zu.

Zu Beginn dieses Jahres dürfte sich die Verbrauchskonjunktur deutlich belebt haben. Darauf deuten die Frühindikatoren wie das Konsumklima und das Geschäftsklima im Einzelhandel hin. Maßgeblich ist, dass die verfügbaren Einkommen einen kräftigen Schub durch die Steuersenkung erhielten. Im Prognosezeitraum bleiben die Einkommensaussichten günstig. Der Anstieg der Beschäftigung wird sich zwar verlangsamt fortsetzen, im kommenden Jahr werden die Tariflöhne aber wieder stärker angehoben. Die Nettolöhne und -gehälter werden dann allerdings mit geringerer Rate expandieren als in diesem Jahr, da die Steuern nicht nochmals gesenkt werden. Die Transfereinkommen werden im Prognosezeitraum etwas rascher als 2000 erhöht. Im Jahr 2001 werden Wohngeld, Erziehungsgeld und BAFöG aufgestockt, im Jahr 2002 das Kindergeld. Hinzu kommt, dass gegenüber 2000 eine kräftigere Zunahme der Altersrenten vorgesehen ist. Insgesamt rechnen wir für 2001 mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen um real 2 Prozent (nominal: 3,9 Prozent) und für 2002 um real 2,2 Prozent (nominal: 3,5 Prozent); die realen privaten Konsumausgaben werden in beiden Jahren um 2,3 Prozent ausgeweitet werden.

Preisaufrtrieb lässt nach

Der Index der Lebenshaltungskosten ist nach der Jahreswende sprunghaft gestiegen. Im Februar lag er um 0,9 Prozent über dem Niveau im vierten Quartal. Im Vorjahresvergleich betrug der Anstieg 2,6 Prozent. Bestimmend für die Preisentwicklung war eine Reihe von administrativen Maßnahmen. So wurden im Januar die Kraftfahrzeugsteuer angehoben, die Rundfunk- und Fernsehgebühren heraufgesetzt und im Rahmen der dritten Stufe der Ökosteuer die Mineralöl- und die Stromsteuer erhöht. Hinzu kam ein deutlicher Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Zusammenhang mit der BSE-Krise. Im Februar zogen die Weltmarktpreise für Rohöl wieder an.

Im Prognosezeitraum wird sich die Teuerung verlangsamen. Dafür spricht die von uns unterstellte moderate Geldmengenentwicklung im Euroraum (Kamps und Scheide 2001). Preisdämpfend wirkt überdiés die erwartete Aufwertung des Euro. Aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 2001 mit einer Teuerungsrate von 2,2 Prozent. Im kommenden Jahr dürften die Lebenshaltungskosten um 1,5 Prozent steigen.

Beschäftigungsanstieg setzt sich verlangsamt fort

Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt entwickelte sich im vergangenen Jahr außerordentlich günstig. Sowohl der Beschäftigungsanstieg als auch die Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichten ein Ausmaß, wie es seit dem Vereinigungsboom nicht mehr beobachtet wurde. Gleichzeitig konnte die Kurzarbeit auf ein Minimum reduziert werden, während die Zahl der offenen Stellen eine Rekordmarke erreichte. Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als sie sich vor dem Hintergrund eines steigenden Arbeitskräfteangebots vollzogen hat. Zwar war die demographische Komponente des Arbeitskräftepotentials nach wie vor rückläufig; aber die Partizipationsrate vergrößerte sich im Sog der stark anziehenden Kräfte-nachfrage sehr rasch. Hieran sind in erster Linie Personen aus dem Randbereich des Arbeitsmarktes wie Hausfrauen, Schüler und Studenten beteiligt, die vor allem im tertiären Sektor als geringfügig Beschäftigte tätig sind.

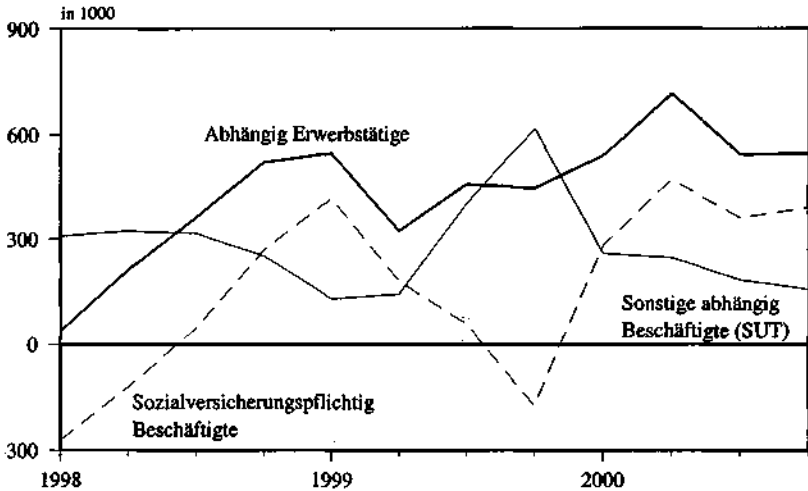
Das Nachlassen der konjunkturellen Dynamik nach der Jahresmitte 2000 führte allerdings, noch verstärkt durch Sondereffekte (Kasten 1), zu einem deutlich langsameren Tempo der Personalaufstockungen (erstes Halbjahr 2000: durchschnittlich 170 000 Personen je Quartal; zweites Halbjahr: knapp 100 000 Personen je Quartal). Zugleich begann sich der Anstieg bei den offenen Stellen stark abzuflachen. Hierzu steht nicht in Widerspruch, dass sich die Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2000 noch beschleunigt hat.⁵ Es ist nämlich zu berücksichtigen, dass die Unternehmen häufig erst nach einer län-

⁵ Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit im Januar und Februar dieses Jahres stellt keinen Bruch mit der bisherigen Entwicklung dar. Es kann primär auf eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von männlichen Arbeitskräften in Außenberufen zurückgeführt werden und spiegelt somit wahrscheinlich Witterungseinflüsse, die durch das Saisonbereinigungsverfahren nur ungenügend herausgefiltert werden.

Kasten 1: Neuregelung der 630-DM-Jobs und Beschäftigtenstruktur

Mit Hilfe der revidierten Erwerbstätigenzahlen sowie der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lässt sich näherungsweise ableiten, wie die Einführung der Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Tätigkeiten die Beschäftigtenstruktur beeinflusst hat.³ Subtrahiert man von der Zahl der abhängig Erwerbstätigen (Inlandskonzept) die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, so ergeben sich die sonstigen abhängig Tätigen (SUT), bei denen es sich neben den Beamten vor allem um die ausschließlich geringfügig Beschäftigten handelt.⁴ Da die Zahl der Beamten maßgeblich von strukturellen Faktoren (Personalabbau im öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger Reduzierung des Beamtenanteils) bestimmt wird und sich von Jahr zu Jahr nur wenig ändert, wird die konjunkturelle Komponente der Größe SUT entscheidend durch die ausschließlich geringfügig Beschäftigten geprägt:

Schaubild: Zur Veränderung der Struktur der abhängigen Erwerbstätigkeit in Deutschland (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in 1000 Personen (Inlandskonzept))



Quelle: Statistisches Bundesamt (2001); Bundesanstalt für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Monatszahlen aus der 10%-Stichprobe*; eigene Berechnungen.

Nach einer kurzen Umstellungs- bzw. Anpassungsphase steigt im dritten und vierten Quartal 1999 die Zahl der ausschließlich geringfügig Tätigen drastisch an, so dass das Vorjahresniveau um mehr als eine halbe Million Personen übertroffen wird.⁵ Die nahezu spiegelbildliche Entwicklung zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den ausschließlich geringfügig Tätigen (SUT) in der Periode 1999.2–2000.1 lässt allerdings den Verdacht aufkommen, dass in vielen Fällen auch Kombinationen von Haupt- und Nebentätigkeiten ganz in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sind. Dies könnte besonders im tertiären Sektor (und hier vor allem in der IT-Branche) der Fall gewesen sein. Einschränkend ist allerdings hinzuzufügen, dass infolge der Umstellung des Meldeverfahrens auf elektronische Datenträger die Stabilität der monatlichen Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die auf einer zehnpromzentigen Stichprobe basiert, seit September 1998 beeinträchtigt worden ist.⁶

³ Die Bundesanstalt für Arbeit hat bislang noch immer keine gesonderte Statistik über die ausschließlich geringfügig Beschäftigten vorgelegt, was nach der Neuregelung der 630-DM-Jobs seit 1. April 1999 grundsätzlich möglich und auch angestrebt worden ist (Boss et al. 2000a: 281 f.). –

⁴ Diese werden in der Regel von der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht erfasst, obwohl sie grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht unterliegen. – ⁵ Die dem gegenüberstehende Aufgabe von Zweitjobs auf 630-DM-Basis lässt sich aus der auf dem Personenkonzept basierenden Erwerbstätigenstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht ablesen, sofern die Haupttätigkeit beibehalten worden ist. – ⁶ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende September 2000*, S. 1.

geren Dauer des Beschäftigungsaufbaus mehr und mehr auf das Arbeitskräfte-reservoir der registrierten Arbeitslosen zurückgreifen.

Die Lohnentwicklung bis zum Frühjahr 2002 ist noch weitgehend durch die zu Beginn des Vorjahres vereinbarten, moderaten Tarifierhebungen geprägt. Für 2002 ist zu erwarten, dass sich der Lohnanstieg verstärkt. Der Druck seitens der Basis in dieser Hinsicht ist offenbar groß, da es infolge der unerwartet hohen Inflationsrate für die Mehrheit der Arbeitnehmer 2000/2001 zu keiner Verbesserung der Reallohnposition gekommen. Insofern werden sich die Gewerkschaften im Frühjahr 2002 in einer sehr schwierigen Situation befinden: Einerseits wollen sie sich nicht aus dem Bündnis für Arbeit ausklinken. Für sich betrachtet würde dies für einen abermals eher moderaten Abschluss sprechen. Andererseits wird die zumindest in Westdeutschland kräftig gesunkene Arbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der Gewerkschaften wesentlich stärken. Dies wiederum wird die Erwartung der „Insider“ auf einen deutlich höheren Abschluss als im Frühjahr 2000 verfestigen. Unter diesen Umständen rechnen wir mit einem Abschluss in der Metall- bzw. in der Chemieindustrie, der einmal die Tarifierhöhung vom Frühjahr 2000 (gut 2 Prozent) deutlich übersteigt (Annahme für Metall: 2,8 Prozent, für die Chemie: 2,7 Prozent), und der zum anderen eine längerfristige Festlegung vermeidet (12 Monate Vertragsdauer). Für die Gesamtwirtschaft veranschlagen wir eine Tarifierhebung für den Durchschnitt des Jahres 2002 um rund 2,5 Prozent. Bei dieser Lohnentwicklung würde der Produzentenreallohn um rund 1 Prozent zunehmen. Da die Arbeitsproduktivität je Stunde deutlich stärker ansteigen dürfte, wird dies dazu beitragen, dass die Beschäftigung weiter zunimmt.

Die Neuregelung der befristeten Arbeitsverhältnisse sowie der Rechtsanspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz, die Anfang dieses Jahres in Kraft getreten sind, werden die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen nur wenig verringern. Das Hauptanliegen der Befristung, nämlich den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, wird durch die Neuregelung nicht berührt.

Unter diesen Umständen wird sich die Personalaufstockung im Prognosezeitraum fortsetzen. Allerdings wird sich der Beschäftigungsanstieg infolge des geringeren konjunkturellen Fahrttempos verlangsamen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich im laufenden Jahr um durchschnittlich gut 90 000 und im kommenden Jahr um reichlich 80 000 Personen je Quartal erhöhen. Insgesamt wird in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2002 ihr Niveau im Jahr 2000 um rund 740 000 Personen bzw. um 1,9 Prozent übertreffen (Tabelle 3).

Die registrierte Arbeitslosigkeit geht gleichzeitig nur um knapp 350 000 Personen zurück, weil die zunehmend rückläufige, demographische Komponente des Arbeitsangebots weiterhin durch einen sehr kräftigen Anstieg der Partizipationsrate überkompensiert wird. Nach ersten vorläufigen Schätzungen erhöht sich das Arbeitsangebot von 2000 bis 2002 um fast 300 000 Personen. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesanstalt für Arbeit wird von 9,6 Prozent im Jahr 2000 auf 8,5 Prozent im Jahr 2002 sinken.

Tabelle 3: Arbeitsmarktbilanz für Deutschland 1997–2002^a

	1997	1998	1999	2000	2001 ^b	2002 ^b
Gesamtdeutschland						
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) ^c	33 277	33 564	34 001	34 586	34 982	35 324
<i>Nachrichtlich:</i>						
Kurzarbeiter	183	115	119	86	97	128
Pendlersaldo	63	62	62	66	63	64
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer) ^c	33 214	33 502	33 939	34 520	34 919	35 260
Selbständige ^{c, d}	3 917	3 976	3 941	3 946	3 945	3 947
Erwerbstätige (Inland) ^c	37 194	37 540	37 942	38 532	38 927	39 271
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 384	4 279	4 099	3 889	3 682	3 476
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitslosigkeit nach ILO-Konzept	3 888	3 687	3 428	3 245	3 072	2 901
Arbeitslosenquote:						
Nach eigener Berechnung ^e	10,6	10,3	9,8	9,2	8,7	8,1
Nach der Bundesanstalt für Arbeit ^f	11,4	11,1	10,5	9,6	9,1	8,5
Westdeutschland						
Erwerbstätige ^g	30 647	30 984	31 365	32 053	32 437	32 756
Registrierte Arbeitslose	3 020	2 904	2 755	2 530	2 343	2 176
Arbeitslosenquote:						
Nach eigener Berechnung ^h	9,0	8,6	8,1	7,3	6,7	6,2
Nach der Bundesanstalt für Arbeit ^f	9,8	9,4	8,8	7,8	7,2	6,7
Ostdeutschland						
Erwerbstätige ^g	6 547	6 556	6 577	6 479	6 490	6 515
darunter: BSM ⁱ	235	315	349	247	194	187
Registrierte Arbeitslose	1 364	1 375	1 344	1 359	1 339	1 300
Arbeitslosenquote ^f						
Nach eigener Berechnung ^h	17,2	17,3	17,0	17,3	17,1	16,6
Nach der Bundesanstalt für Arbeit ^f	18,1	18,2	17,6	17,4	17,2	16,7

^a 1000 Personen. – ^b Prognose. – ^c Eigene Berechnungen der Jahresdurchschnittswerte, die aufgrund von Rundungen geringfügige Abweichungen zu den amtlichen Angaben aufweisen. – ^d Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^e Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^f Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; ab 2001 Schätzungen aufgrund der Veränderungen der Arbeitslosenquote nach eigener Berechnung. – ^g Arbeitsortkonzept. Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, wobei die Angaben für Berlin zu 60 Prozent Westdeutschland und zu 40 Prozent Ostdeutschland zugeschlagen worden sind, um so eine wenigstens annähernde Vergleichbarkeit mit den für West und Ost ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit herzustellen; vorläufig. – ^h Eigene Berechnung (Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus der Zahl der im jeweiligen Bundesland Beschäftigten und den registrierten Arbeitslosen mit Wohnort in den jeweiligen Bundesländern (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept) – ⁱ BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); *Fachserie 1*, eigene Schätzungen und Prognosen.

Ostdeutschland: Kein Aufholen in Sicht

Im Jahr 2000 ist die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland unerwartet deutlich hinter der in Westdeutschland zurückgeblieben (Tabelle 4); sie erreichte lediglich 1,3 Prozent, gegenüber 3,4 Prozent in Westdeutschland (ohne Berlin). Maßgeblich hierfür ist, dass sich die Talfahrt in der Bauwirtschaft nochmals beschleunigt hat. Zudem konnte das verarbeitende Gewerbe nicht so stark wie erwartet vom weltweiten Konjunkturaufschwung profitieren; die Produktion stieg um 6 Prozent (Ostdeutschland einschließlich Berlin) und damit – anders als in den vergangenen Jahren – nicht wesentlich stärker als im Westen. Grund hierfür ist wohl die vergleichsweise geringe Exportquote ostdeutscher Unternehmen. Die ostdeutsche Wirtschaft ist damit gegenüber der westdeutschen weiter zurückgefallen; auch steigt seit 1997 die gesamtwirtschaftliche Produktion im Osten langsamer als im Westen.

Für 2001 und 2002 erwarten wir, dass die Bauproduktion mit 6 bzw. 4 Prozent verlangsamt zurückgehen wird, nach etwa 8 Prozent im vergangenen Jahr. Demgegenüber wird das verarbeitende Gewerbe seinen raschen Produktionsanstieg fortsetzen; die Zuwächse werden mit jeweils 5,5 Prozent nur geringfügig unter denen des Jahres 2000 liegen. Die nachlassenden Impulse aus dem Ausland werden sich aufgrund der weniger ausgeprägten Exportorientierung nicht so stark bemerkbar machen wie in Westdeutschland. Zusammen mit den produktionsnahen Dienstleistungen, die im laufenden und im kommenden Jahr mit jeweils 4 Prozent unverändert kräftig expandieren werden, bleibt das verarbeitende Gewerbe der Sektor mit der höchsten Dynamik in der ostdeutschen Wirtschaft. Die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr profitieren in diesem Jahr von der positiven Entwicklung bei den verfügbaren Einkommen und wird mit 3 Prozent

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe in Ost- und in Westdeutschland 1995–2000^a

	Ostdeutschland (einschließlich Berlin)		Westdeutschland (ohne Berlin)	
	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe
1995	3,5	5,7	1,4	-0,3
1996	1,7	3,4	0,6	-3,4
1997	0,3	6,0	1,6	3,1
1998	0,6	2,6	2,3	1,4
1999	1,0	2,0	1,6	0,2
2000	1,3	6,0	3,3 ^b	5,8

^a In Preisen von 1995. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^b Eigene Schätzung.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001a; 2001b), eigene Berechnungen.

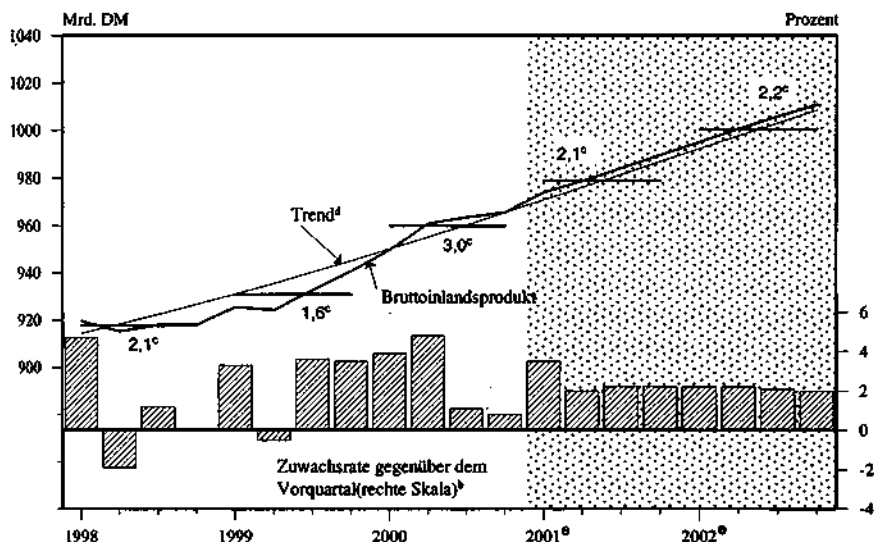
merklich ausgeweitet werden; im nächsten Jahr wird der Anstieg mit 2,5 Prozent etwa so hoch sein wie 2000. Im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen ist dagegen kaum mehr als eine Stagnation zu erwarten; in einigen Bereichen des öffentlichen Sektors werden noch immer Überkapazitäten abgebaut. Insgesamt rechnen wir damit, dass sich die Zuwachsrates des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts der des westdeutschen allmählich wieder annähert; sie wird im Jahr 2001 voraussichtlich 1,5 Prozent, im Jahr 2002: 1,7 Prozent betragen.

Der fortdauernde Schrumpfungprozess in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Sektor wirft auch auf den Arbeitsmarkt Schatten. Es gibt bislang keine Anzeichen für eine anziehende Nachfrage nach Arbeitskräften. Zwar wurde der Personalbestand im verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr kräftig aufgestockt, aufgrund des vergleichsweise geringen Gewichts dieses Sektors konnten die Entlassungen in anderen Wirtschaftsbereichen aber nicht kompensiert werden. Hinzu kommt, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2000 deutlich zurückgefahren wurde. Insgesamt nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 15 000 Personen (rund 1 Prozent) zu, während sie in Westdeutschland um mehr als 200 000 Personen (rund 8 Prozent) zurückging. Infolge der prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt nimmt die Abwanderung von Arbeitskräften, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zurückgegangen war, seit 1997 wieder zu.

Für den Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass im verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern aufgrund der fortgesetzt kräftigen Produktionsausweitung weitere Arbeitsplätze geschaffen werden; dies dürfte in den Jahren 2001 und 2002 den Personalabbau in den schrumpfenden Sektoren überkompensieren, so dass die registrierte Arbeitslosigkeit trotz weiterer Einschränkung bei den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen leicht zurückgehen wird. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird allerdings mit 4,3 Prozent von 2000 bis 2002 das Ausmaß in Westdeutschland (-16 Prozent) bei weitem nicht erreichen.

Ausblick: Konjunktur schwenkt auf Potentialpfad ein

Nach der fiskalisch bedingten Beschleunigung zu Jahresbeginn wird sich die Konjunktur ab dem zweiten Quartal 2001 merklich beruhigen (Schaubild 2). Maßgeblich hierfür ist die nachlassende Dynamik in der Weltwirtschaft. Diese sorgt zusammen mit der realen Aufwertung des Euro dafür, dass die Ausfuhrzuwächse in diesem Jahr erheblich an Schwung verlieren. Gleichwohl droht der deutschen Wirtschaft keine Rezession, denn die Binnennachfrage dürfte sich als robust erweisen. Da die Geldpolitik in diesem Jahr noch anregend wirkt und im kommenden Jahr die Konjunktur nicht dämpft, wird die Investitionsnachfrage aufwärts gerichtet bleiben. Überdies werden die privaten Haushalte ihre Ausgaben auch nach dem Auslaufen der Wirkungen der Steuersenkung rasch ausweiten, denn aufgrund der guten Beschäftigungslage und des geringeren Anstiegs der Verbraucherpreise nehmen ihre real verfügbaren Einkommen weiter deutlich zu. Mit der Erholung der Weltkonjunktur zum Ende des laufenden Jahres werden sich die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse dann wieder leicht beschleunigen und auf die Potentialrate einschwenken, die wir gegenwärtig auf 2,2 Prozent veranschlagen. Alles in

Schaubild 2: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^bAuf Jahresraten hochgerechnet. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – ^eAb 2001: I Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 5: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1999–2002

	1999	2000	2001 ^a	2002 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,6	3,0	2,1	2,2
Westdeutschland	1,6	3,3	2,2	2,2
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	1,0	1,3	1,5	1,7
Erwerbstätige ^c	37942	38532	38927	39271
Beschäftigte Arbeitnehmer ^c	34001	34586	34982	35324
Arbeitslose (1000)	4099	3889	3682	3476
Arbeitslosenquote ^d	9,8	9,2	8,7	8,1
Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	-1,4	1,5	-1,7	-1,6
Öffentliche Schulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	61,1	60,1	58,6	58,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-35,9	-57,3	-85,0	-85,0
Verbraucherpreise ^e	0,6	1,9	2,2	1,5

^aPrognose. – ^bIn konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^cIm Inland, in 1000. – ^dRegistrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus erwerbstätigen Inländern und registrierten Arbeitslosen. – ^ePreisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001a; 2001b), eigene Schätzungen und Prognosen.

allen erwarten wir für das Jahr 2001 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,1 Prozent (Tabelle 5). Im Jahr 2002 wird der Zuwachs voraussichtlich 2,2 Prozent betragen.

Summary

End of the Upturn in Germany

In 2000 the German economy grew with the highest rate since reunification. Main reasons were the hitherto expansive orientation of monetary policy and the very favorable economic environment in the world economy. Influenced by the boom in the United States and the forceful expansion of most trading partner countries, German exports grew at record pace. Additional impulses for exports came from the decline of the real exchange rate of the euro. However, while exports expanded strongly until the end of the year, domestic demand growth was dampened in the second half of 2000 by the increase in oil prices and the tightening of monetary policy. Real GDP increased only with an annual rate of 1 percent in the course of the second half of the year, following 4.4 percent in the first half. Private consumption decreased due to the hike in consumer prices that depressed real disposable income of private households. The dynamics of investment in machinery and equipment also decreased somewhat, but remained upward moving as firms realized investment projects to profit from more favorable depreciation rules in 2000.

In the first half of 2001, the economy will benefit from the reduction in personal income tax rates that came into force in January. Moreover, there are positive impulses from falling capital market interest rates and lower energy costs. We therefore expect a temporary increase in aggregate production in the first quarter. Improved consumer confidence and business climate indicators in January point in this direction. At the same time, the worsening of the world economic climate, especially the slowdown in the United States, dims perspectives. In January, orders to manufacturing fell strongly. The cyclical upturn in Germany comes to an end.

Reduced Monetary Impulses

Monetary conditions are stimulating for the German economy. Three month interest rates are currently at 4.8 percent, in real terms they are between 2 and 2.5 percent. As the long run average for short-run real rates is at 3 percent, monetary policy is still expansionary. Other monetary indicators have moved in opposite directions recently. While the euro will have appreciated by 7 percent in the first quarter, long-run interest rates have fallen in nominal as well as in real terms.

In the forecast period monetary conditions will become less favorable. Although we do not expect the ECB to change interest rates, capital market rates will increase in 2002. In real terms, both short-run and long-run interest rates will increase over the forecast period. Moreover, the euro will continue to appreciate.

We expect it to increase to a rate of 1.05 against the dollar early next year and to decline somewhat later. Monetary conditions will change from stimulating at the beginning of 2001 to neutral in 2002.

Fiscal Policy Returns to a Neutral Course

Fiscal policy will be expansionary in 2001. The main impulse comes from the tax reduction in January. Overall, taxes decrease by DM 44 billion (1.1 percent in relation to GDP). Fiscal expenditures will be neither expansionary nor restrictive. This also holds for expenditures in 2002. However, since income taxes are not reduced further and since tax increases on petrol and energy are offset by reductions in unemployment insurance contributions, fiscal policy will overall be neutral.

Exports Lose Momentum

The year 2000 was a remarkable year for German exports. Even when world economic conditions become less favorable in the second half of the year, exports expanded forcefully. This momentum will not be maintained in the forecast period. Surveys indicate that export expectations have fallen. The main reason is the slowdown of the world economy. In the United States, the economy will at best stagnate in the first half of 2001 and only gain some momentum at the end of the year. This will dampen activity in most parts of the world in 2001. The effect of the recovery of world production in 2002 on German exports is to some extent compensated by the effects of the appreciation of the euro against the US-dollar in 2001, which typically influences exports with some lags. Overall export growth will be slow until the end of the forecast horizon.

Outlook: The Economy Grows With its Potential Rate

Following the tax-related acceleration in the first quarter of the year, the economy will slow down starting from the second quarter. As the world economy loses momentum and the euro appreciates, export growth will decline sharply. However, the economy will not move into recession since domestic demand will remain robust. As monetary policy is expansionary this year and neutral next year, investment will continue to grow. Private households will expand expenditures as real disposable income continues to increase due to good labor market conditions and the slower increase of consumer prices. As the world economy recovers at the end of 2001, aggregate growth rates will increase somewhat towards the growth rate of potential output which we currently estimate at 2.2 percent.

Overall we expect real GDP to expand by 2.1 percent in 2001. In 2002, the economy will presumably grow by 2.2 percent. Employment will continue to increase until the end of 2002, although at a slower pace than in 2000. The rate of unemployment will fall from 9.6 percent in 2000 to 8.5 percent in 2002.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2000). *Die Lage der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft im Herbst 2000*. Essen.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999). Aufschwung mit geringer Dynamik. *Die Weltwirtschaft* (4): 421–440.
- (2000a). Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt. *Die Weltwirtschaft* (3): 267–288.
 - (2000b). Konjunktur in Deutschland mit weniger Schwung. *Die Weltwirtschaft* (4): 375–389.
- Bundesanstalt für Arbeit (2001). *Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende September 2000*. Nürnberg.
- (Ifd. Jgg.). *Amthliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Clostermann, J. (1998). Folgt der deutsche Außenhandelsbilanzsaldo einer J-Kurve? *Allgemeines Statistisches Archiv* 82 (2): 198–219.
- Deutsche Bundesbank (2001). *Monatsberichte*. Februar. Frankfurt am Main.
- (Ifd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, B. Sander, J. Scheide und H. Strauß (2001). Deutliche Abkühlung der Weltkonjunktur. *Die Weltwirtschaft* (1), in diesem Heft.
- Kamps, C., und J. Scheide (2001). Euroland: Abkühlung der Konjunktur – kein Grund zu Aktivismus. *Die Weltwirtschaft* (1). In Vorbereitung.
- Statistisches Bundesamt (2001). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1999, Hauptbericht*. Stuttgart.
- (Ifd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
 - (Ifd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001a). *Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995*. Stuttgart.
- (2001b). *Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 2000. 1. Fortschreibung 2000*. Stuttgart.